



Foto: iStock

Eine Perspektive zum Bleiben – auch für Frauen

Gerade junge Frauen verlassen die ländlichen Räume in Richtung Stadt. Wo eine berufliche Perspektive oder öffentliche Infrastruktur (öffentlicher Nahverkehr, Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Kultur) fehlt, können sie nicht bleiben. Wir brauchen vitale ländliche Räume, die zum Bleiben oder Zurückkehren einladen.

DIE LINKE fordert eine geschlechtergerechte Agrarpolitik, die eine regionale Verankerung für Männer und Frauen sicherstellt.

¹ Landwirt*innen meint auch Bäuer*innen.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P. Sevim Dağdelen, Jan Korte, Caren Lay

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

180702

Kein Bauernland für Spekulanten!

Für eine Landwirtschaft mit ortsansässigen und aktiven Landwirt*innen

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



Foto: iStock



Nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land tobt der Kampf um den Boden. Landwirtschaftsfremde Investor*innen kaufen Äcker, Wiesen und ganze Betriebe. Ortsansässige Betriebe, die regional vernetzt und für das gemeinschaftliche Dorfleben unverzichtbar sind, die regional verarbeiten und vermarkten, werden massiv verdrängt. An die Stelle der Landwirtschaft mit Versorgungsfunktion und besonderer Arbeits- und Lebensweise tritt ein reines Finanzmodell. Landwirtschaft wird hier auf einen möglichst billigen Rohstofflieferanten für einen globalen Markt reduziert. Auf Kosten von Mensch und Natur.

DIE LINKE fordert ein Umdenken in der Agrarpolitik, um regionale Produktion, Verarbeitung, Vermarktung und Versorgung zu stärken. Wir brauchen eine Landwirtschaft, die Wertschöpfung und Einkommen in die Regionen bringt und Nahrung vor Ort produziert. Landwirt*innen' sehen wir als wichtige Partner*innen für den notwendigen Wandel.

Mehr Land für echte Landwirt*innen

Äcker und Weiden sind Spekulationsobjekte für überregional agierende Investor*innen geworden. Dieses Kapital und eine falsche Bodenpolitik tragen zu explodierenden Bodenpreisen bei. Vielerorts ist der Boden inzwischen so teuer, dass der Preis nicht mehr aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit erwirtschaftet werden kann. Wer trotzdem mithalten will, muss z. B. auf faire Einkommen, notwendige Investitionen für mehr Tierwohl oder besseren Schutz der biologischen Vielfalt verzichten.

DIE LINKE fordert deshalb, landwirtschaftsfremde Investor*innen vom Landerwerb auszuschließen.

Kein Ausverkauf des Bodens durch die Hintertür

Investor*innen halten in einigen Regionen Ostdeutschlands bereits mehr als die Hälfte der Landwirtschaftsbetriebe. Aber auch in Westdeutschland gibt es erste Aktivitäten. Damit verlieren vor Ort verankerte Betriebe ihre Produktionsgrundlage an bundesweit oder gar international agierende Agrarkonzerne – oft nicht durch direkten Bodenerwerb, sondern durch Anteilskäufe, die das Bodenrecht aushebeln. Dass erst ab 95 Prozent Anteil die Grunderwerbsteuer fällig wird, macht dies auch noch zum Steuersparmodell. So werden die Konzerne belohnt, aber den Bundesländern Millionen entzogen, die dringend für die Entwicklung des ländlichen Raums gebraucht werden.

DIE LINKE fordert eine Genehmigungspflicht von Verkäufen landwirtschaftlicher Betriebe an landwirtschaftsfremde Investor*innen. Bei genehmigten Anteilskäufen, muss bereits ab Firmenanteilen von 50 Prozent eine Grunderwerbsteuer gezahlt werden. Außerdem brauchen wir eine Offenlegung der Besitzverhältnisse von landwirtschaftlichen Flächen in anonymisierter Form nach Rechtsform und Größe des Unternehmens.

Junge Landwirt*innen stärker unterstützen

Vor allem junge Landwirt*innen, die wichtig für einen anstehenden Generationswechsel sind, stehen vor ausverkauften landwirtschaftlichen Produktionsflächen. Sie haben wenig Startkapital und sind für Banken häufig nicht kreditwürdig. Das macht den Berufseinstieg schwer. Engagierte junge Menschen brauchen den Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen, ohne jedoch ältere Landwirt*innen vor Ort zu verdrängen. Wenn sich Arbeit wieder lohnt in der Landwirtschaft, gibt es Einstiegs- und Aufstiegschancen für junge Landwirt*innen in bereits existierenden Betrieben.

DIE LINKE fordert einen besseren Berufseinstieg für junge Landwirt*innen – mit Zugang zu Boden und Einstiegschancen in bestehenden Betrieben.